



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 2,- Mk., Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 26. Juni bis 2. Juli 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 27 bezeichnete Feld des Mitgliebsbuches zu kleben

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Das Mitgliebsbuch Nr. 39735, auf den Namen Katharina Genth (Brandenburg a. S.) lautend, wird für ungültig erklärt.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: E. Pucher, 1. Vorf.

Amsterdam gegen Moskau

I.

Die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei ist an sich für die Amsterdamer Internationale ebenso wenig ein Grund, den Ausschluß von Gewerkschaftsmitgliedern zu fordern, wie die Mitgliedschaft einer anderen sozialistischen Partei. Aber die Kommunisten mit ihrem die Weitherrlichkeit der Gewerkschaften. Nachdem sie durch Bruderarmut und Dogmenfremd die Aktionskraft der Arbeiterparteien in allen Ländern gelähmt haben, erheben sie Forderungen von der kommunistischen Internationale, daß einzelne mächtige Volkwerke der Arbeiterschaft von innen heraus zu zerstören; die Gewerkschaften. Die Einheit des Proletariats ist nur noch gewährleistet in den Gewerkschaften. Ihre Unabhängigkeit von dem Streik der politischen Richtungen ist eine unerlässliche Bedingung der Macht. Die sie sich im Wirtschaftsleben der europäischen Anknüpfungspunkten erworben haben.

„Alle politischen Parteien“, sagte Marx, „mögen sie sein, welche sie wollen, beachten sie die Massen der Arbeiter nur eine Zeit lang, vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen fesseln die Arbeiter auf die Dauer; nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei auf zu erheben“ und der Kapitalmacht ein Volkwerk entgegenzusetzen.“

Der Erbsengeneral der roten Gewerkschaftsleiter, Sofowskij, meinte: „es ist ein furchtlicher Gedanke, in Europa ohne oder gegen die Gewerkschaften die soziale Revolution durchzuführen“. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat aus dieser ihm längst erläuterten Einsicht den Schluß gezogen, daß nichts wichtiger sei als die Macht der Gewerkschaften zu stärken. Er hat in den letzten Jahren nicht nur im wirtschaftlichen Leben, sondern auch in der internationalen Politik sich eine Stellung erworben, wie sie die Gewerkschaften niemals besaßen. Die Arbeiterschaft ist durch ihn zum ersten Mal als souveräne Macht dem Terror und der imperialistischen Politik der kapitalistischen Staaten entgegentreten.

Der über Anarchi verhängte Vohlsinn ist von der gesamten Revolution als Sturmzeichen angesehen worden. Durch die Verhinderung der Munitionszufuhr nach Rußland fiel die Arbeiterschaft den Entente-Ländern in die Arme und rettete den Frieden. Die vom Gewerkschaftsbund in der Krise des Wiederbaus vertrittene Politik war eine Kraft der Verständigung zwischen den Völkern, während die Regierungen nur die Interessen des von der Herrschaft kämpfenden Kapitals ihrer Länder vertraten.

Diese Macht ist jung und hat noch ihre Grenzen aber die in den Gewerkschaften international vereinigte Arbeiterschaft ist der wahre Bund der Völker. Ihm gehört die Zukunft.

Sofowskij ist anderer Meinung. Für ihn und seine Gleichgesinnten ist die trümmige Linie die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten. Seine Meinung ist: da die Gewerkschaften so stark sind, daß nur mit ihnen die Befreiung der Arbeiterschaft möglich ist, muß man ihre Macht im Namen der Weltrevolution untergraben. Mit anderen Worten: im Namen der Weltrevolution soll der Sieg der Reaktion vorbereitet werden.

Nein, sagt Sofowskij, wir wollen die Gewerkschaften nicht vernichten, wir wollen sie erobern. Die Gründung einer neuen Internationale der Gewerkschaften beweist aber auch einem blinden, daß es sich nicht „um Eroberung der Gewerkschaften“ und den Kampf um die geistige Herrschaft in ihnen handelt, sondern um ihre Zerschmetterung. Zerschmetterung bedeutet Vernichtung der Gewerkschaften als einheitliche Macht im politischen und wirtschaftlichen Leben. So wenig als es einen Kreis mit zwei Mittelpunkten gibt, kann es eine ein-

heitliche Gewerkschaftsbewegung mit zwei internationalen Zentren geben.

Wäre der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände in Moskau wenigstens eine selbständige Internationale der Gewerkschaften! Über jedermann weiß, was er ist: der Befehlsempfänger der kommunistischen Internationale.

Die kommunistische Internationale wird nach der jüngsten Wendung der russischen Politik den Mund etwas weniger voll nehmen müssen. Sie propagierte bisher die Weltrevolution nach dem Muster Rußlands. Das Rezept, sowohl für das Verfahren der Revolution wie auch für die gesamten Fragen von Staat und Wirtschaft, war von den Volkskommissären der allein selbstmachenden Sowjetrepublik und ihren Assistenten im Exekutivkomitee verfaßt; es konnte in allen kommunistischen Landesapostelen Europas ausgeführt werden. Eine Gewähr dafür, daß die Medizin in jedem Fall gut bekam, bot die Unfehlbarkeit Lenins.

Allerdings — diese Unfehlbarkeit ist sogar unter seinen Gläubigen erschüttert. Das „soziale Experiment“ Lenins, die Mutterrevolution scheint zu mißlingen. Um das kranke russische Volk bei der bolschewistischen Kur nicht ganz zurunde zu richten, hat Lenin sich entschlossen, das Selbstverfahren zu ändern.

Er läßt den Sozialismus nur noch bedingt zu, nur so weit er dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands und der Sicherung des russischen Staates gegen seine äußeren Feinde dient.

Die Volkskommissäre wollen sich um jeden Preis die Macht für die Zukunft erhalten, auch um den Preis der reinen Lehre. Kommunismus ist gut, aber die Macht ist besser.

Was den Propheten der Weltrevolution sind russische Staatsmänner geworden, die sich dem Kapitalismus verschreiben: zynische Opportunisten. Es wird sich jetzt zeigen, wie weit die kommunistische Partei Vorhut des Proletariats in aller Welt ist oder nur Stützpunkt der Sowjetregierung und ihrer neuen Bürokratie.

Die kommunistische Internationale kämpfte „für den Sturz der internationalen Bourgeoisie“. Jetzt erteilt Lenin ihr Konzessionen in Rußland und erteilt Willkürbefehle an Kapitalisten in Amerika, England, Deutschland.

Die Sozialisierung der Produktionsmittel, die Verstaatlichung der großen Betriebe, die Befreiung des privaten Handels haben die Sowjets und ihre Agenten auf allen Kongressen gepredigt. Der russische Handel und seine Absatzmärkte waren die neuen Heiligen auf dem Hausaltar aller kommunistischen Redaktionen. Jetzt beinhalten sie das Kleinergewerbe und die Konsumgenossenschaften, in denen Menschen aus allen Gesellschaftsklassen — und wahrlich nicht zum Klassenkampf — vereinigt sind. Wie sie selbst zugeben, öffnen sie dem Wirtschaftshandel Eiz und Tor, in der Landwirtschaft wie in der Industrie.

Die Partei, die den Sturz des Kapitalismus „mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand“ in allen Ländern als die unmittelbare Aufgabe des gesamten Proletariats propagiert, erhält von Lenin die Antwort, daß der Kapitalismus für Rußland „eine unvermeidliche Entwicklungsphase der Produktion und des Austausches sei“. In Rußland, sagt er, ist der unmittelbare Übergang zum Sozialismus unmöglich.

Was wird die kommunistische Internationale, was ihr Mündel, der internationale Rat der Fach- und Industrieverbände zu dieser Selbstsucht ihrer Führer sagen? Zu den Sozialverrätern gesellen sich nun die Verräter am Kommunismus. Wird sie auch gegen diese „Männer des Kapitalismus“ die Flut ihrer Verleumdungen und Lügen loslassen?

Die Kommunisten haben in allen ihren Zeitungen, auf allen Kongressen den Gedanken variiert, daß auf der Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems menschliche Lebensbedingungen unmöglich mehr erreicht werden können.“ Es war die Wahrheit aller Wahrheiten für sie. Nun erteilt Lenin, daß der Kapitalismus in Rußland vorläufig ein notwendiges Übel sei, man müsse ihn nur in der Richtung des Staatskapitalismus lenken.

Dieser Weisheit letzter Schluss ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund nicht neu, weder für Rußland noch für andere Länder. Er brauchte, um zu dieser Einsicht zu kommen, nicht Selbstopfer von Menschenleben einem „sozialen Experiment“ zu opfern.

Die Moskauer Gewerkschaftsleiter werden zweifellos auch den neuesten Opportunismus Lenins in ein proletarisches Ideal umfugen oder ihn wenigstens mit ihm in Übereinstimmung zu bringen suchen. Es

wird ihnen jedoch niemals gelingen, die Gewerkschaften darüber zu täuschen, daß der machtbewußte Kampf der Arbeiter und Angehörten aller Länder gegen den Weltbund des Kapitalismus nur von einem unabhängigen Internationalen Bunde geführt werden kann — nicht aber von einer Zentrale, die, wie der Moskauer Internationale, sich einer politischen Partei verpflichtet hat, deren Programm von seinen Urhebern, der Regierung Lenins, mit der Tat Lügen gestraft wird.

Der Drudpapierpreis

Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt in ihrem Sonderheft (Nr. 372) in einem Artikel Stellung zum Drudpapierpreis. Wenngleich hier in erster Linie das Papier zum Druck von Zeitungen gemeint ist, so bieten die Ausführungen doch des Interessanten genug, um der Kollegenschaft einiges daraus wiederzugeben und einige Bemerkungen daran zu knüpfen, zumal ja auch die zum Papier verwendeten Rohstoffe ungeheurer Werteverluste unter den Umständen auch unser Gewerbe unter der Preisbildung für alle Papiere stark zu leiden hat und zumal wir wissen, daß gerade mit dem unserem Gewerbe unbedingt notwendigem Stoff schon während des Krieges, aber noch viel mehr noch ihm ein ganz schamloser, geradezu skandalöser Wucher getrieben worden ist und noch getrieben wird.

Vor dem Kriege bekam man 100 Kilogramm Zeitungspapier für 20 Mk. und schon dieser Preis ist als ein recht anständiger zu bezeichnen. Bis zum 1. April dieses Jahres wurden für 100 Kilogramm 260 Mark bezahlt. Dieser schon enorm hohe Preis mußte trotz eines ständigen Kontrollierens und mit Staatsmitteln gesicherten Zwangsregulierungssystemes gezahlt werden; ohne diese Regulierung und ohne die vom Staate gezahlten als Ausgleichsmittel flammenden Zuschüsse an die Papierfabrikanten wäre der Preis noch viel höher gewesen. Da aber das Reich vom 1. April ab diese Zuschüsse nicht mehr zahlen wollte, sich auch die Ausfuhrmöglichkeiten verschlechtert hatten, erhoben die Papierfabrikanten eine Forderung von 405 Mk. für 100 Kilogramm. Durch Verhandlungen, bei denen wesentliche Konzessionen durch das Reich gemacht werden mußten (unbeschränkte und ausschließliche Ausfuhrerlaubnis) wurde zunächst ein Preis von 360 Mk. bewilligt, der dann noch auf 340 Mk. ermäßigt wurde, als auch die Zellstoff-Karften ihre Preise entsprechend ermäßigt hatten. Jedoch auch dieser Preis war, sollte nicht unser ganzes Zeitungswesen dem moralischen und materiellen Ruin entzogen werden, viel zu hoch. Der Reichstag beschloß sich deshalb mit der Unannehmlichkeit und nahm nach Anhörung des Zeitungsacwerbes einen Antrag an, zunächst für das zweite Vierteljahr 1921 monatlich von Betrag von sechs Millionen Mark zur Verbilligung des Zeitungspapieres zur Verfügung zu stellen und das Drudpapier in eine billigere Kraftenttariffklasse zu versetzen. Sierdurch wird erreicht werden, daß 100 Kilogramm auf etwa 300 Mk. zu stehen kommen. Nun handelt es sich aber nur um ein kurzfristiges Provisorium, so daß die Fraace an Aktualität gar nicht verliert und nach kurzem wieder auferockt werden muß. Trotzdem es an sich gerechtfertigt erscheint, in einer solchen dringenden Fraace Reichsmittel in Anspruch zu nehmen, so widerstrebt es doch dem Zeitungsacwerbe, bei der ungünstigen Finanzlage des Reiches dieses weiterhin in Anspruch zu nehmen. Deshalb muß mit aller Energie auf andere Mittel und Wege gefolgt werden, die zu einer Entlastung des Papierpreises führen. In erster Linie muß hierbei an die Verbesserung der Ausfuhr gedacht werden, trotzdem die Lage auf dem Auslandsmarkt nicht gerade günstig ist. Wettbewerb von anderer Seite (Kinnland), Ausfuhrbeschränkungen und dergl. sind Hindernisse in dieser Beziehung, aber in der Hauptsache sind es die früher zu Spottpreisen getätigten vielen Papierveräußerungen ins Ausland, die einerseits bei den heutigen Preisen und Abgaben, wenn der Auslandsverkauf in reeller Weise auslande kommen soll, den Export erschweren. Aber es sind auch durch die unehrlichen Manipulationen empfindliche Stürme der deutschen Exportverbindungen entstanden, die der Gesamtheit schwere Verluste gebracht haben. Wie fast immer bei solchen Dingen, kann die Nützlich die Verbrecher, die sich auf Kosten der Allgemeinheit gesund gemacht haben, nicht fassen. Trotz dieser gewiß miflichen Verhältnisse, namentlich der Preisbildung gegenüber dem Auslande, die infolge der oben gekennzeichneten Mafenschaften sehr ungünstig beeinflusst worden ist, läßt ein richtig organisierter Auslandsverkauf doch noch

gute Ertragsmöglichkeiten zu. Die deutsche Papierherzeugung ist sehr wohl in der Lage, ganz erhebliche Mengen ihrer Erzeugnisse auszuführen.

Sedoch sind noch weitere und wenn richtig angewendet, auch erspriechlichere Möglichkeiten zur Senkung des Papierpreises ohne unmittelbare finanzielle Reichshilfe vorhanden. Auch das Reichsparlament ist dieser Auffassung gewesen und hat nach dem Vorschlag einer interfraktionellen Beratung mit den Interessenten der Papierindustrie folgenden Beschluß gefaßt:

Die Reichsregierung zu eruchen, mit Unterstützung der Bescheinigung unter Anwendung der Verordnung gegen Preisbreierei vom 8. Mai 1918 die Befestigungsstellen für Zellstoff, Holzstoff und Zeitungsdrukpapier durch genügend zahlreiche und eingehende Revisionen festzusetzen und zur Prüfung der Preise an Hand der Revisionsergebnisse einen Ausschuß einzusetzen, dem Mitglieder des Reichstages, des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates und der beteiligten Industrien in paritätischer Zusammensetzung angehören, hierbei feststellen zu lassen, ob eine Preissteigerung etwa durch Kartellmaßnahmen behindert wird.

An der Druckpapierindustrie bestehen zwei kartellartige Zusammenfassungen der Erzeuger, die diese fast reiflos in sich vereinen, so daß man von einer beinahe monopolartigen Macht sprechen kann. Von der Preispolitik der Kartelle zu ungünstigen der Verbraucher viel zu reden, erübrigt sich wohl; ihr Ziel geht dahin, die Vorteile für den Unternehmer rückwärts so hoch wie nur immer möglich herauszuwirtschaften. In der Papierkartelle gehen in dieser Beziehung so weit, dem Konsumenten den Preis so hoch zu diktieren, daß er auch dem schwächsten, organisatorisch und technisch am schlechtesten arbeitenden, geographisch unvorteilhaft gelegenen Unternehmungen stets einen hohen Gewinn sichert. Daß dem so ist, geht aus den Ausführungen des Direktors der Maschinenfabrik Aktiengesellschaft für Papierfabrikation auf deren letzter Generalversammlung deutlich hervor. Der Herr führte aus, daß die Gesellschaft die Kartellpreise nicht habe unterbieten dürfen,

„dabei sei man, von der Erwägung ausgehend, daß auch schwächeren Betrieben mit Rücksicht auf die Arbeiterchaft die Existenzmöglichkeit gewahrt werden müsse, dahin gelangt, die Preise nicht gerade nach den leistungsfähigsten, also am günstigsten arbeitenden Unternehmungen, also nach einer mittleren Leistungsfähigkeit festzulegen.“

(Sterbel bringt es mich, eine kleine Zwischenbemerkung zu machen: Wo der gute Mann hat sein warmes Herz für die Arbeiterchaft entdeckt, um Wucherpreise zu machen, wohlgemerkt, der nämliche Herr, der noch allerlei andere nette Dinge aus dem Herdholz zu haben scheint und der vor etwa 1½ Jahren anfänglich einer geringfügigen Forderung seiner Brüder aus dem druckertantigen Nebenbetrieb brüder erklärte, daß, wenn die Arbeiter auf ihrer Forderung beharren, er sofort (die Verhandlung fand in Frankfurt a. M. statt) nach Hause telegraphieren und die Schließung des Betriebes anordnen würde.)

Derartige Machenschaften der Kartelle, die Preise nach den wirtschaftlich zurückgebliebenen Produktionsstätten machen und damit der Menge notwendige Gebrauchsgüter im Interesse einer Handvoll Unternehmer wucherlich verteuern, können natürlich unter keinen Umständen gebuldet werden. Hier muß der Staat alle seine Machtmittel entfalten, um solche wunderwundersamen Pläne zu durchkreuzen. Aber auch jemand anders kann sich hier zweifellos ein Verdienst erwerben und nebenbei auch noch einen ganz materiellen Verdienst: Heraus ihr Herren Unternehmer des Druckgewerbes zum Kampf gegen den Papierwucher, wenn es

euch ernst mit der Sorge um die Hebung des Gewerbes ist! Hier winkt ein Preis, des Schweißes der Edlen wert.

Es sei ohne weiteres zugegeben, daß die allgemeinen Verteuerungen auch für die Papierfabrikation zutreffen, aber nie und nimmer in dem Maße wie der Papierpreis gesiegen ist, der das 17—25 fache des Vorkriegspreises beträgt.

Daß die Papierfabriken enorme Gewinne einheimt haben, ist ja allgemein bekannt. Hierzu zum Schluß noch einiges aus einer Jahresbilanz der bereits erwähnten Maschinenfabrik. Bei einem Kapital von 24 Millionen Mark wurden für 1920 auf 12 Millionen alte Aktien 25 Prozent, auf den gleichen Betrag junger Aktien, die nur für ein halbes Jahr bezugsberechtigt sind, derselbe Satz, also effektiv 50 Prozent Dividende bezahlt, und nachdem 10 Millionen Mark (7 Millionen mehr wie im Vorjahre) dem Abschreibungs Konto zugeführt waren, blieben noch fast drei Millionen Mark übrig für Reserven, Wohlfahrtskassen und Wohlfaß. Ja, ja die armen, armen Aktionäre, die sich mit solcher Kammerbezählung abspelsen lassen müssen für ihre schwere und sorgenvolle Arbeit! Schämt euch, ihr beehrlichen faulenzenden Arbeiter, die ihr bei glänzenden Löhnen und beim Achtstundentag im Ueberfuß schnelget! Schämt Euch! Es ist nämlich schwer, angesichts solcher aufreizenden Tatsachen, solchen gemeinefährlichen Verbrechertatens (solche Verbrecher sind nichts anderes!), nicht ironisch zu werden. Ist das nicht Wasser auf die Mühlen der Volksvertreher und Aufsichtlichen, die das urteillose und ungebildete Volk leider so leicht in Erregung bringen und zu Unbesonnenheiten hinreizen. In billigen ist es nicht, aber zu verstehen, wenn gelegentlich einmal solchen Schädigungen des Wirtschaftens die Wut über dem Kopf angezündet wird und sie selbst an die Laterne gehängt werden! Verdient haben sie es reichlich.

hoffen wir, daß die durch den Reichstag von der Regierung verlangten Revisionen energisch und gründlich durchgeführt werden und daß der einzuführende Ausschuß gute und geistreiche Arbeit macht, damit dem verkommenen Papierwucher endlich ein Ende bereitet wird. a. b.

Betriebsunfälle im November 1920

Insgesamt sind es 298, davon 3 mit tödlichem Ausgang. An Schnellpressen ereigneten sich 37. Zwischen Form und Auftragspresse gerieten 5 Personen, 2 durch vorzeitige Anlassen des Motors, je eine durch Gleite Niederrücken, Berühren der Auftragswalze und Rufen der Form während des Ganges. Durch Hineingeraten in die Farbwalzen entstanden 2 Unfälle, der eine beim Reinigen des Farbzylinder, der zweite beim Stellen der Farbstauben. Beim Verchieben der Wänder kamen 2 Personen zwischen Zylinder und Wandrolle. Am Antrieb des Farbwerkes verletzten sich 4 Personen. Eine Auslegerin kam mit dem Fuß in ein nicht abgeschütztes Zahnradgetriebe unter den Ausleger. Ein Unfall erfolgte an der Fanggabel. 2 Verletzungen wurden durch den Fanggabelzapfen hervorgerufen. Die Schutzklappe war in dem einen Fall hochgestellt worden. Am Ausleger verletzten sich ein Maschinenmeister zwischen Fahrlange und Schutzblech. Der Versuch, einen auf den Ausleger sich überführenden Bogen aufzusetzen, führte zwischen Farranzahnstange und unterer Wandrolle zu einer Armarketzung. 2 Verletzungen erfolgten beim Herunterlegen des Anlegebeneds zwischen Dedel und Gefell. 4 Unfälle waren durch Anlege-

apparate zu verzeichnen. Das Aufschlagen der Riemstange am Druckzylinder verursachte eine Fingerentsehung. 6 Unfälle wurden durch Sturz, Ausgleiten, Fallen vom Tritt herbeigeführt. Dazu kamen noch 5 auf andere Art entstandene Unfälle.

Die Anzahl der Unfälle an Ziegeldruckpressen ist 22. Zwischen Ziegel und Form befand sich 14 Personen. In einer Maschine war überhaupt kein Handschutz vorgesehen. In einem anderen Falle hatte ihn der an der Maschine arbeitende Lehrling eigenmächtig entfernt. In 2 Maschinen wurde über dem Schutz hinweg nachgegriffen. Eine Anlegerin blieb mit dem Ring (I) hängen und kam dadurch zwischen Ziegel und Form. In 4 Fällen war die Substanz des Fingerschutzes zu gering. 3 Maschinen fanden zu niedrig. 2 Verletzungen sind auf seitliches Nachgreifen zurückzuführen. Durch Hartnäckigkeit am Farbwertel während des Ganges der Maschine entluden 3 Verletzungen; beim Wugen der Walzen kam ein Unfall vor. Eine Sanquetschneid erfolgte zwischen Ausgleichgewicht und Schwingradwelle und eine Fußverletzung zwischen Tretebel und Fundament.

An Rotationsmaschinen kamen 13 Unfälle vor. 3 davon beim Papierentziehen zwischen Führungsrolle und Transportrollen, 2 am Schneidzylinder ebenfalls beim Papierentziehen, 2 am Falzapparat. Ein schwerer Unfall, der den Verlust aller Finger der rechten Hand zur Folge hatte, ereignete sich durch Hineingeraten in die Zahnrad.

An Schneidemaschinen wurde eine Verletzung durch das Messer gemeldet.

Steindruckpressen gaben Anlaß zu 5 Unfällen, davon erfolgten 3 beim Einrichten bzw. Ausheben des Steines.

An Sehmashinen 7 Unfälle, darunter 4 durch flüssiges Blei. Ein Maschinenfehler löste die Maschine, ohne die Antriebsvorrichtung vorchriftsmäßig abzustellen. Unbeabsichtigtes Zingangehen verursachte eine schwere Handverletzung.

An Heftmaschinen erfolgten 10 Unfälle, an Falzmaschinen einer.

An Stanz- und Prägemaschinen 3, darunter ein schwerer Unfall, der den Verlust von 7 Fingern herbeiführte. Beim Versuch, während des Ganges einer Fertilesprägepresse eine Wafer gerade zu richten, geriet ein Arbeiter mit beiden Händen zwischen Form und Koppstück der Presse; der Handschutz war veraltet und ließ ein Uebergreifen zu.

An anderen Buchbindereimaschinen 6.

An Pressen 3.

Am Rundhobel erfolgte ein Unfall durch Fehlen des Handschutzes, außer anderer Verschädigung wurde der Verlust von zwei Fingern herbeigeführt.

Durch sonstige Stereotypieapparate 6, davon 5 Verletzungen durch flüssiges Blei.

aus unseren Jubiläen

Aktierleben. Unsere alte schöne Hatzstadt war schon seit Jahrhunderten der Sitz der Industrie. Fast aus jedem Hause hörte man das Getasper der Weisföhle oder das Surren der Spindel. Diese Industrie ist heute bis auf wenige Fabriken zurückgegangen. Dafür ist jetzt in jedem zweiten Hause — natürlich Arbeiterwohnhäuser — eine Heimarbeiterin, welche mit ihrer Familie fleißig Nuten fleht. Die Papierindustrie, welche sich in den sechziger Jahren ausbreitete, hat sich im Laufe der Jahre zu einer bedeutenden Höhe entwickelt. Eine der größten Fabriken dieser Art besitzt

Gewerbehygiene und Unfallverhütung

Von Dr. G. Wolff.

(Fortsetzung.)

2. Wir wenden uns dem zweiten Teil zu, der die Gefährdung des Arbeiters durch chemische Gifte umfaßt. Man bezeichnet diese Stoffe mit einem Sammelnamen als gewerbliche Gifte. A. D. Lehmann kennzeichnet die gewerblichen Gifte als „bleisigen Stoffe, die in den Fabriken bei den üblichen Verfahren der Arbeit bei Leistungs- oder Ungleichfällen auf chemischem Wege die Gesundheit der Menschen bedrohen“, und hat damit den Begriff vielleicht noch etwas zu eng gefaßt. Diese Gifte müssen durch die natürlichen Aufnahme wege in den Körper gelangen, entweder eingeatmet werden (Dämpfe) oder durch den Verdauungsorgan in fähig kleinen Mengen von beschmutzten Fingern oder dergleichen aufgenommen werden oder schließlich auf die verletzte oder unverletzte Haut lokal einwirken.

Die giftigen Gase werden oft in erheblichen Mengen aufgenommen und können dann zu schweren Vergiftungen Anlaß geben, wie etwa die Vergiftungen mit Schwefelkohlenstoff, Mauseurendämpfen, Arsenwasserstoff, Kohlenoxyd, Leuchtgas, um nur einige der wichtigsten zu nennen. Hier kommt es in der Regel zu akuten Erkrankungen, die als Betriebsunfälle zu gelten haben und dementsprechend bei der Unfallversicherung Berücksichtigung finden. Viel häufiger sind aber die gewerblichen Vergiftungen, die durch fortgesetzte Verührung mit den giftigen Stoffen stattfinden. Das bekannteste Beispiel hierfür bildet die gewerbliche Bleivergiftung. Abgesehen davon, daß gewöhnliche Mengen von Bleistaub auch eingeatmet werden, kommt die Vergiftung im wesentlichen dadurch zustande, daß die geringen an den Händen noch haftenden Bleipartikelchen im Laufe der Beschäftigung auf natürlichem Wege in den Mund und den Verdauungsorgan kommen, allmählich resorbiert werden und mit dem Blutstrom in

die verschiedensten Gewebe des Körpers gelangen. Manche Stoffe können auch direkt die unverletzte Haut in den Körper gelangen; hier sei an das Quecksilber erinnert, das ja auch zu therapeutischen Zwecken in die Haut in Form von Quecksilbersalben eingebracht wird. Immerhin ist diese Form der Aufnahme im Gewerbeleben nicht sehr häufig; die Quecksilbervergiftungen kommen vielmehr durch die Einatmung der Quecksilberdämpfe zustande. Manche Gewerbearten machen jedoch keine Allgemeinerkenntnisse, sondern wirken rein örtlich auf die Hautstellen, mit denen sie unmittelbar in Verührung kommen; hierher gehören die zahlreichen Stoffe der chemischen Industrie, die eine Reizwirkung haben wie die starken Mineralsäuren (Salpetersäure, Schwefelsäure), oder Etzeme verursachen, wie zählreiche Leer- und Erdölprodukte. Besonders bekannt sind die Verätzungen, die durch Chromsäure und ihre Salze hervorgerufen werden und oft zu tiefgehenden Geschwüren der äußeren Bedeckungen führen. Weitere charakteristische Ausschläge kommen bei Buchdruckern vor und werden auf die Verwendung schlechten Zerpentin- und Klebstoffs zurückgeführt, auch Maurer- und Zementarbeiter werden von Hautausschlägen (Zementkrätze) oft heimgegriffen. Dabei zeigt sich, daß die einzelnen Menschen sehr verschieden auf alle diese Schädllichkeiten reagieren; die einen neigen leicht dazu, die anderen gar nicht. Hier liegt eine verschiedene Empfindlichkeit vor, wie wir sie auch von den Arzneizwecken viel gebrauchten Chemikalien (Chinin, Morphin, Salzsäure usw.) kennen.

Die Verhütung der Schädllichkeiten, die bauernd von den Fabriktägigen drohen, erfordert in erster Linie eine sorgfältige Beachtung der hygienischen Maßnahmen, die für alle Giftpreise genau vorgeschrieben sind; vor allem die Einhaltung der persönlichen Sauberkeitsmaßnahmen. Hände und Gesicht müssen vor allen Maßhalten gründlich gewaschen werden, die Arbeitskleider dürfen nicht in den Wohnungen weitergetragen werden, wie es die Bequemlichkeit des einzelnen, der die Mühe des Umziehens scheut, leider oft genug geschehen läßt. Die persönliche Sauberkeit des Arbeiters zusammen mit einer gewissen Kenntnis über die Art der Gefahren, die bei Vernachlässigung dieser hygienischen Erfordernisse

drohen, sind die besten Schutzmittel gegen die Gewerbegifte. Sie können schon dadurch viel von ihren Gefahren für Leben und Gesundheit verlieren. Daß einige Gewerbegifte, wie Blei, Arsen, Phosphor, Quecksilber, trotzdem noch zu chronischen Erkrankungen Anlaß geben, liegt in der Natur dieser giftigen Stoffe begründet, die leider in der Industrie durch andere nicht erfassbar sind. Spezielle Schutzmaßnahmen, die die Trennung der Giftstoffe vom Arbeitsraum möglichst erstreben, Abgabevorrichtungen für Giftstaub, Vorichtsmaßnahmen beim Zerfleinern und Einfließen, Vermeidung der direkten Verührung der Hände mit den Giften durch Benutzung von Handschuhen, Ventilationsvorrichtungen für giftige Gase, Respiratoren und Schutzbrillen für die Augen müssen natürlich je nach der Art des Betriebes die persönliche Prophylaxe des einzelnen ergänzen; die Hauptsache bleibt aber immer das Verständnis und die Hilfe des Arbeiters, die Reinsichts- und Vorichtsmaßnahmen im eigenen Interesse gewissenhaft durchzuführen. Da erfahrungsgemäß überall in der Beschäftigung eine gewisse Gleichgültigkeit dagegen eingetreten ist, müssen immer von neuem die Vorschriften in das Gedächtnis der Arbeiter zurückgerufen werden, muß immer wieder zur Reinhaltung der Haut, der Hände und des Gesichtes, der Wart- und Kopfschwere angehalten werden, ebenso wie der Wechsel der Arbeitskleidung vor dem Essen und vor dem Verlassen der Arbeitsstätten unbedingt zur Pflicht gemacht werden muß. Ist erst einmal die chronische Vergiftung eingetreten, etwa die Bleivergiftung mit all ihren Symptomen an Gelenken und Verdauungsorganen, an Nervenstörungen und Nieren, so ist es meist zu spät. Darum gilt hier ebenso wie bei der Bekämpfung der Infektionskrankheiten, daß die Verhütung, die Prophylaxe, besser als die beste Krankheitsbehandlung ist.

Auf Einzelheiten der zahlreichen Stoffe, die als Giftstoffe oder Gewerbegifte in Frage kommen, sei hier nicht eingegangen; es würde uns in dieser Zusammenfassung viel zu weit führen. Die Reihe der Gewerbegifte ist schon heute unüberschaubar und mehr nach dem weiteren Ausbau der chemischen Industrie fähig. Aus der Gruppe der Metalle kommen die Halogen-

bie einen Werktrug genießende Firma S. C. Besehorn. Mitten in der Stadt erhebt sich der mit Zinnen und Zinnen umgrenzte alte Bau dieser Firma, Zeugnis ablegend, wie gut es die Inhaber verstanden haben, ihren Reichtum zu vermehren auf Kosten derjenigen, die gezwungen waren, in dieser Fabrik zu arbeiten. Die Löhne in der Vorkriegszeit waren die denkbar niedrigsten, die Schwanteln der Frauen zwischen 4,50 Mk. bis 12.— Mk. und bei Männern zwischen 9.— bis 18.— Mark pro Woche. Heute hat sich in der Entlohnung eine kleine Verbesserung bemerkt gemacht, obwohl sie noch weit hinter der in der Stadt sonst üblichen Bezahlung zurücksteht. Tagaus, tagein gehen aus diesem Hause die von den Heimarbeiterinnen, diesen bedauernswerten Menschen, geliebten Tüten zu Millionen in die Welt, aber kein Mensch weiß, für welche niedrige Löhne Kinder und Frauen vom frühen Morgen bis in die späte Nacht schuften müssen, nur um die Einkünfte der Familie etwas besser zu gestalten. Traurig, aber wahr. Inzwischen die Inhaber. Da ist Reichtum, da ist Wohlleben, deren Kinder brauchen schließlich keine Tüten. Hier verrät sich der Reichtum schon recht äußerlich durch die Prachtbauten, durch die fortwährenden Einkäufe von Grundstücken, Äckern, Fabriken usw., Luxusautos, Reit- und Kutschpferde, alles, um den Glanz des Hauses zu heben. Nun soll man aber nicht glauben, die Herren wären geizig, nein, es wird gegeben, und zwar reichlich, nämlich zum Besten der Straßen usw., auch ist das Pflegeheim, ein wunderschöner Bau, der beste Beweis für die Miltätigkeit und Freigebigkeit der Inhaber, und wer davon noch nicht überzeugt ist, der frage die Reichswehr, welche bei dem letzten Wust in März in Merschleben garnisonierte, die kann Zeugnis von der Freigebigkeit eines Inhabers ablegen. Herrgott, was kommt es auch bei diesen Herren auf 40—50.000 Mark an. Bloß mit der Arbeiterschaft, ja Bauer, das ist etwas anderes, davon können die Buchdrucker ein gar köstliches Veldchen singen. Um ein paar Mark mühen sie in einem achtjährigen Streik treten mit dem Erfolg, daß nach langen Verhandlungen ein magerer Vergleich zustande kam. Und mit dieser Firma hatte sich unser Hauptvorstand seit Monaten zu beschäftigen. Er schon oben angeführt, waren die Löhne auch nach dem Kriege sehr niedrig; sie standen in gar keinem Verhältnis zu den stetig steigenden Preisen des gesamten Lebensunterhalts, und heute noch sind die Löhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nur um das Leben- bis höchstens erhöht worden. Schon im Vorjahr trat die Gauleiterin, Kollegin Weiss, wiederholt Verhandlungen mit der Firma. Teils gelang ihr die Erhöhung der Löhne, teils stieß sie auf hartnäckigen Widerstand. Schließlich kam in diesem Jahre in Gegenwart der Kollegen Horne und der Kollegin Hoffe nach erneuten Verhandlungen ein Hausarrat zustande, nach dem sämtliche Kollegen und Kolleginnen mitohnt wurden, jedoch sollte nach Inkrafttreten des Reichsstarifs für das Buchdrucker-Hilfspersonal seine Höhe zur Geltung kommen. Die Firma weigerte sich aber, den Reichsstarif auf Grund einer Bestimmung dieses Hausarrates anzuerkennen, so daß Klage beim Schiedsgericht erhoben werden mußte, das zu Gunsten der Firma entschied. Natürlich war der Vorstand damit nicht einverstanden, und so fand am 26. Mai Bestimmungstermin vor dem Tarifamt. Das Resultat: Die Firma S. C. Besehorn wurde zur Zahlung der Löhne nach den Sätzen des Reichsstarifs verurteilt, das Recht ist mithin auf Seiten der Arbeiter. Bezahlt hat die Firma noch nicht, dazu nimmt sie sich Zeit, aber Berufung hat sie beim Landgericht Halberstadt eingeleitet; nützen wird ihr das freilich nichts. Es versteht sich am Bande, daß der Vorstand bemüht ist, die Vor-

telte, welche der Reichsstarif dem Buchdrucker-Hilfspersonal bietet, auch auf die Kollegen und Kolleginnen der Steinbruderer auszudehnen. Er hat daher den Hausarrat für diese Mitglieder zum 30. Juni gekündigt mit dem Hinzufügen, Verhandlungen über ein neues Abkommen einzuleiten. Darauf ist folgende Antwort eingegangen: „Aus Ihrer Zuschrift v. 27. v. M. ersehen wir, daß Sie die Lohnsätze des Tarifvertrages vom 8. März kündigen und neue Verhandlungen wünschen. Da wir wohl nicht mit Unrecht annehmen, daß diese Verhandlungen nur den Zweck haben sollen, neue Lohnerhöhungen zu vereinbaren, müssen wir Ihnen zu unserm Bedauern mitteilen, daß wir uns im Hinblick auf die Geschäftslage auf neue Lohnverhandlungen nicht einlassen können, und daß wir im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftslage, die nachweislich eine Verbilligung der Kosten des Lebensunterhalts gebracht hat, auch gar keine Notwendigkeit für neue Lohnzuschläge anzuerkennen vermögen. Wir zweifeln nicht, daß Sie unsern Standpunkt als durchaus berechtigt anerkennen und die Ihrem Verlangen angegeschlossene Arbeiterschaft mit Leichtgläubigkeit überzuden werden, daß sie sehr zu frieden sein kann, wenn wir die jetzigen Löhne für das nächste Quartal weiterzahlen. Mit Hochachtung. gez. Besehorn.“ Die Antwort der dem Verbande angeschlossenen Arbeiterschaft auf diese Zuschrift wurde in der stark besuchten Versammlung am Mittwoch Abend in „Prinz von Preußen“ in der nachfolgenden Resolution zum Ausdruck gebracht: „Die heute Mittwoch in „Prinz von Preußen“ tagende stark besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von dem Schreiben der Firma S. C. Besehorn. Die Versammlung kann sich mit den jetzt gezahlten Löhnen nicht zufriedengeben, da im Gegensatz zu der Behauptung die Preise nicht fallen, sondern noch dauernd anziehen, was aber gerade bei den allerdingsten Lebensmitteln geschieht, und in Stücke auch auf das Brot übergeht. Sie begrüßt das Vorgehen des Hauptvorstandes und hofft, daß derselbe bei dem Kampfe um die Ausdehnung des Reichsstarifs auf das Steinbruderer-Hilfspersonal dieselbe Energie finden möge, wie beim Kampfe um den Reichsstarif. Die gesamte Arbeiterschaft wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Schütler an Schütler mit ihm kämpfen.“ Und nun vorwärts zu vollem Erfolg!

Karlsruhe. Mitgliederversammlung am 8. Juni 1921. Der Vorsitzende, Kollege Nier, gab bekannt, daß am Samstag, den 11. Juni, eine Versammlung der Buchdrucker stattfindet, wozu die Hilfsarbeiter eingeladen sind. Wegen des Erbvertrages zu den Betriebsratursen wurden folgende Firmen bekannt gegeben, die bis zum heutigen Tage noch nicht bezahlt haben: Firma G. Braunich, Badenia, Glöckner und Künstlerbund. Kollege Nier richtete dringende Worte an die Kollegen und Kolleginnen, endlich einmal in ihre richtige Beitragsklasse zu begeben. Es waren verschiedene Mahnen notwendig. Von der Versammlung wurden gewählt: Kollege Joseph West als 2. Vorsitzender; in das Graphische Kartell die Kollegen Adolf Nier, Baumholzer und Ross; in das Gewerkschaftskartell Kollege Hofmann; in das Buchdrucker-Schiedsgericht die Kollegen Nier, Huber und die Kollegin Hofmann; als Vertreter die Kollegen Loth und West. Bei „Lohn- und Tariffragen“ erklärte Kollege Nier die Mindestlöhne für die Buchdrucker, die ab Juni durch den 20prozentigen Lohlaufschlag sowie durch die Zulage für die Kollegen und Kolleginnen, die noch nicht den Reichsstariflohn erreicht haben, zur Auszahlung komme. Er verwies auf den Rapportzettel, durch eine Lohn-Tabelle sind dort die Löhne den Mitgliedern verständlich gemacht. Den Kollegen und Kolleginnen aus dem Steinbruder wurde bekannt gegeben, daß der Lohn-

tarif mit den Steinbrudererbesten am 1. Juli gekündigt werden soll. In der Diskussion wurde bedauert, daß der 20prozentige Lohlaufschlag nicht von der Zeit an gilt, wie den Gehilfen bezahlt worden ist und wir mit der Durchführung des Reichsstarifs immer noch bis zum 1. September warten sollen. Auch die Tätigkeit unseres Gauleiters der Zahlstelle Karlsruhe gegenüber wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Beschlossen wurde, in diesem Jahre von der Abhaltung eines Stützungsabends Abstand zu nehmen, jedoch soll die Abhaltung eines Familienabends im Auge behalten werden. Kollege Nier gab noch bekannt, daß in der Zahlstelle eine Sparvereinsgründung geplant wurde, die den Namen „Gesellschaft Graphia“ führt. Er erläuterte Zweck und Ziel und forderte zum Beitritt auf.

Handschau

Beilegung des Konflikts im Samburger Buchdruckerwerke. Wie wir in voriger Nummer berichteten, hatten die Samburger Prinzipale die Forderung der Buchdruckergehilfen auf Gewährung einer Sonderzulage abgelehnt, weshalb am 11. Juni in allen Betrieben die Kündigung erfolgte. Nachdem daraufhin in 33 Betrieben das Hilfspersonal von den Prinzipalpalen gekündigt wurde, schloß sich unsere gesamte Kollegenschaft in den Samburger Buchdruckerbetrieben der Forderungen der Gehilfen an und kündigte nach gleichfalls erfolgter Ablehnung ihrer Wünsche am 13. Juni in allen übrigen Betrieben. Dem von Gehilfen und Hilfsarbeitern um Vermittlung angerufenen Tarifamt ist es nach Ueberwindung verschiedener Schwierigkeiten, namentlich des Widerstandes der Samburger Prinzipale gegen jedwede Verhandlung, gelungen, die Vertreter beider Parteien zu Verhandlungen am 16. Juni im Berliner Papierhaus zusammenzubringen. Nach fast fünftägigen Auseinandersetzungen, in denen der gegenseitige Standpunkt beider Parteien, zwar durchaus sachlich, aber mit aller Schärfe zum Ausdruck kam, einigten sich die Vertreter schließlich auf folgender Grundlage:

Sämtliche Gehilfen erhalten ab 17. Juni eine wöchentliche Zulage von 18.— Mk., das Hilfspersonal den entsprechenden reichsstariflichen prozentualen Anteil. Beide Parteien verpflichteten sich, für die Durchführung des Abkommens einzutreten und die ersparten Kündigungen zurückzuziehen. Das Abkommen ist bis zum 30. September d. J. befristet.

Dennoch ist der drohende Konflikt aus der Welt geschafft und der Wunsch der Samburger Gehilfen und unserer Kollegenschaft, auf möglichste Gleichstellung mit den Berliner Lohverhältnissen, wenn auch nicht in vollem Umfange, so doch zu einem annehmbaren Teil erfüllt. Bedauerlich bleibt es immerhin, daß die Unternehmer erst durch die Kündigungen veranlaßt werden konnten, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, anstatt eine gewisse im Buchdruckerwerk sonst üblich gewesene soziale Einflucht auch in diesem Falle an den Tag zu legen. Es wäre wirklich zu wünschen, daß aus diesem Vorkommnis die Samburger Prinzipalität erkennen möge, daß der vor Jahren ganz besonders in Hamburg geübte Grundfab, Leben und Leben lassen, auch heute seine Anwendung im betrieblichen Interesse finden müßte.

Die Urabstimmung über den neuen Tarif im Lithographie- und Steinbruderwerk hat mit 3782 gegen 874 Stimmen die Annahme des Tarifes ergehen. Von den insgesamt 4701 abgegebenen Stimmzetteln waren 28 weiß und 17 unguiltig. Der Aufforderung der Redaktion der „Graphischen Presse“ bei Mitteilung des Verhandlungsergebnisses, nach Laue der Verhältnisse im Gewerbe für den Tarif zu stimmen, ist demnach die überwiegende Mehrheit der an der Abstimmung beteiligt gewesenen Verbandsmitglieder gefolgt.

Die Lohnverhandlungen in der Eis- und Kartonnagenindustrie, die vom Buchdruckerverband und der in Betracht kommenden Unternehmerorganisation am 9. Juni in Leipzig beanannt, haben zu einer Vereinbarung geführt, nach der das derzeitige Lohnabkommen bis zum 30. September 1921 verlängert wird. Es ist erstmalig am 31. August um 30. September kündbar und läuft im Falle der Nichtkündigung von Monat zu Monat weiter.

Eine Johannistagsgabe an die Anwaliden hat der Verbandsvorstand der Buchdrucker beschlossen. Alle im Bezirke befindlichen Anwaliden erhalten anlässlich des Johannistags eine außerordentliche Unterstützung im Betrage von 100.— Mk.

Gegen die Moskauer Forderung der Deutschen Metallarbeiterverband nahm eine Konferenz des Bezirks Halle, die von 7 Delegierten aus 45 Ortsgruppen besucht war, Stellung. In der Halleischen Ortsverwaltung haben es die auf Moskau eingeschworbenen Kommunisten bekanntlich fertig gebracht, die dortige Organisation zu sprengen. Sie arbeiteten eine Sonderorganisation, die mit dem Deutschen Metallarbeiterverband nichts mehr gemein hat. Die Konferenz billigte die vom Verbandsvorstand bisher getroffenen Maßnahmen und leuchtete in einer geacht 7 Stimmen angenommenen Entschließung die Herdungsarbeit der ihres Amtes enthobenen Verbandsmitglieder als ein Verbrechen an der Organisation und der Arbeiterschaft. Der Vorstand wurde erucht, die in Betracht kommenden Mitglieder der neuen kommunistischen Ortsverwaltung für nichtwiederannahmefähig zu erklären. Auch die 7 Kollegen, die politisch zur R. P. D. gehören, erklärten mit aller Deutlichkeit, daß für die Mitbrüggen im Verband kein Platz mehr sei. Sie hätten nur gegen die Entschlebung geschmitt, weil sie eine Beschlußfassung auf dieser Konferenz für unndtig hielten.

Der Arbeitsmarkt im April hat sich nach den Berichten des Reichsarbeitsblattes weiterhin verschlechtert. Von 5 309 761 organisierten Arbeitern waren am 1. Mai

Verbindungen, ferner Schwefel, Schwefelwasserstoff, Schwefelsäure und Schwefelsäure, Salpetersäure, Phosphor, Arsen, Antimon hauptsächlich in Frage, von den Metallen vor allem Blei, Quecksilber, Kupfer, Brom, die anderen Schwermetalle erst in zweiter Linie; aus der Gruppe der organischen Stoffe spielen wohl Stoffe der Fettreihe (Methan, Benzin, die Kohlenreihe, Phosphor, Schwefelkohlenstoff, Chantverbindungen usw.), wie auch die zylischen Verbindungen (Benzol, Naphthalin, Anthrazen und die davon abgehenden Verbindungen der Teerdestillate, Nitrobenzol, Acetol und viele andere) als Gewerbestoffe eine eher oder minder große Rolle. Die schwere Phosphorsäure, die schweren Vergiftungserreger, die Arsen- und Arsenwasserstoff hervorgerufen, die Quecksilberergiftungen der Feuervergoldner, der Arbeiter in Bleigefäßfabriken und anderer Berufe, die große Zahl der Vergiftungen bei Schriftsetzern, Schriftsetzern, Spenglern, Malern, Buchdruckern und vielen mehr sind hier zu nennen; auch die Vergiftungen durch chemische Stoffe, etwa die durch Tetraäthylblei, durch andere giftigere Kohlenwasserstoffe, durch Methylohol, Schwefelkohlenstoff, Phosphorsäure und andere Verbindungen, die in der chemischen Technik eine Rolle spielen, herborgeführten Gewerbestoffungen hier anzuschließen, ebenso wie die zahlreichen Teer- und Kampferprodukte, die durch andere Produkte überlappert nicht zu ersehen sind und in vielen Industriefolgen der Arzneimittel- und Farbenfabrikation als Ausgangsmaterial an erster Stelle stehen, zu gewerblichen Vergiftungen nicht selten Anlaß geben.

3. Wir wenden uns nun einem neuen Abschnitt, der in aller Kürze die Geschichte des Arbeiters durch Planung und in tierische Parasiten im Gewerbebetriebe umfaßt. Diese Gewerbestoffungen sind relativ selten als eigentliche Berufserkrankungen zu charakterisieren, fallen vielmehr in das große Gebiet der amfenden Krankheiten, deren Ursache Kleinlebewesen der verschiedenen Art sind und deren Verbreitung ganz allgemein durch die Berührung mit anderen Menschen erfolgt. Wo die Ansteckung erfolgt, ob im Hause, in den Versammlungen, den

Schulen, den Verkehrsunternehmungen, den Arbeitsstätten, ist natürlich bei der heutigen Intensität des Berufslebens, zumal in der Großstadt, nur schwer festzustellen. Eine parasitäre Gewerbestoffung, die zweifellos meist ihren Ausgang von der Arbeitsstätte nimmt, ist die Milzbrandkrankung des Menschen; bei Kindern, namentlich Säuglingen und Kleinen ungemein häufig, aber auch bei anderen Tieren nicht selten spontan vorkommend, stellt die Milzbrandkrankung des Menschen, der Milzbrandparatubel, eine seltene Affektion dar und ist fast stets bei Gebirgen, Wäldern, Tierärzten auf Infektion im Beruf zurückzuführen. Die Häute und Haare und ähnliches Material, das zur Verarbeitung gelangt, enthalten zuweilen noch lange die sehr widerstandsfähigen Milzbrandsporen und müssen daher vor der Weiterverarbeitung sorgfältig gereinigt, bzw. desinfiziert werden. Haare können im stromenden Dampf sterilisiert werden, Häute, die dies Verfahren nicht vertragen, werden mit chemischen Mitteln (Sublimat) desinfiziert, wenn der Verdacht einer Milzbrandkrankung vorliegt. Dies trifft namentlich für die ausländische Ware zu, deren Ursprung man ja nicht mehr konstatieren kann. Andere Infektionskrankheiten, wie Cholera, Typhus, Diphtherie usw. werden mit dem Arbeitsmaterial schon deshalb nur selten übertragen, weil sich die Erreger dieser Infektionskrankheiten nicht lange außerhalb ihres Nährmediums halten, z. B. lange nicht so resistent sind wie gerade die Milzbrandsporen; außerdem wird es aus den angeführten Gründen meist nicht leicht sein, die Ansteckungsquelle bestimmt auf die Arbeitsstätte zurückzuführen, weil die Krankheiten allgemein verbreitet sind oder jedenfalls überall im täglichen Leben erworben werden können. Immerhin sind einige solcher Fälle beschrieben, deren Uebertragung zweifellos durch Lumpen geschah. Eine gewisse Rolle als Berufserkrankung spielt schließlich der Rotz, jene ungemein gefährliche Infektionskrankheit der Pferde, die in einigen Fällen auch auf Menschen (Pferdepfleger, Tierärzte) übertragen wurde.

(Schluß folgt.)

162562 männliche und 54745 weibliche, zusammen 217307, ohne Arbeit. Auf 100 Mitglieder entfielen 3,9 (im Vormonat 3,7) Arbeitslose. Unter den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern nahm die Arbeitslosigkeit stärker zu als unter den männlichen Kollegen. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen stieg die Zahl der Arbeitsgesuche von 1628744 im März auf 1039226 im April. Auf 100 offene Stellen kamen 189 Arbeitsjuchende. Die Zahl der unterjüngsten Erwerbslosen betrug am 1. Mai im Reich 400097. In unserem Verband wurden nach der statistischen Aufnahme 437 Arbeitslose, 236 männliche und 201 weibliche, gezählt. Von 100 Mitgliedern am Ende der letzten Woche des April waren 1,3 ohne Beschäftigung gegen 1,2 im Vormonat.

Die Kosten des Lebensmittelaufwandes im Mai sind auch nach den Berechnungen von Calver für diesen Monat etwas gesunken. Im Durchschnitt stellte sich die Reichsbewertung der Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie (dreifache Matrikel eines deutschen Marineoffiziers in der Vorkriegszeit) auf 33,14 M. gegen 31,27 M. im Vormonat. Das bedeutet eine Steigerung von 1,87 M. pro Woche.

Die gewerbliche Nebenarbeit der Studenten, die heute so vielfach von solcher Arbeit gezwungen sind, führte zu Verhandlungen zwischen dem Bunde entscheidender Schulreformer und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Ueber die Zulassung der beschäftigten Studenten zu gewerblicher Arbeit wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt. Jeder Studierende, dessen Existenzminimum nicht anderweitig gesichert ist, soll das Recht haben, durch den öffentlichen Arbeitsnachweis eine geeignete Halbtagarbeit vermittelt zu erhalten. Sind in dem in Betracht kommenden Arbeitsgebiete noch nicht alle arbeitslosen Vorkarbeiter eingestellt, so soll den Studenten eine Arbeitslosenunterstützung zu den üblichen Sätzen gewährt werden.

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beruft zu Freitag, den 19. und Sonnabend, den 20. August, eine Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendbewegung nach Kassel ein. Die Einladung zur Entsendung von Delegierten richtet sich nur an die Verbandsvorstände, doch können auf Wunsch auch Gewerkschaftskartelle, die besondere Jugendsekretäre angestellt haben, an der Konferenz teilnehmen. Die Tagesordnung lautet:

1. Die Methoden der gewerkschaftlichen Jugendbewegung.
2. Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen.
3. Bildungsfragen.
4. Das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung.
5. Zentrales und lokales Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen.

Das 2. Arbeiter-Turn- und Sportfest des 4. Kreises (Sachsen) am 6., 7. und 8. August in Dresden wird das größte sein, was bisher im Arbeiter-Turn- und Sportbund gefeiert wurde. Mit 10 000 Freiübungsturnern wird bestimmt gerechnet. Zum 1. Kreisleist 1910 in Chemnitz marschierten 5000 Mann auf. Die gewaltige Zunahme an neuen und ehemals der Deutschen Turnerschaft angehörigen Vereinen wird den Arbeiter-Turn- und Sportbund in Sachsen in einem Aufmarsch zeigen, wie ihn andere Sportorganisationen nicht größer zu zeigen vermögen. Die dem Arbeitersport freundlich gesinnten Kollegen, die zur Zeit des Festes Ferien haben, werden die Anregung einer Ferienreise nach Dresden ganz gewiß begrüßen. Anschließend an das Fest finden Wanderungen, die die herrlichsten Punkte der Sächsischen Schweiz berühren, unter kunbiger Führung statt. Anfragen richtet man an Kurt Beschke, Dresden-N., Concordienstraße 59 II.

Kinderschutz und wirtschaftliche Lage. Je höher die Kultur, um so geringer ist die Kinderzahl, weil Selbstbeherrschung, Verantwortungsgedühl und dergleichen mit steigender Kultur auch steigen. Darum ist die Kinderzahl bei den Kulturvölkern geringer als bei den Naturvölkern. Und darum ist es erfreulich, daß auch die Kinderzahl im Proletariat geringer zu werden beginnt. Eine größere Kinderzahl ist dann nur ohne gesundheitliche Beeinträchtigung der Eltern wie der Kinder möglich, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt sind, aber sie sind beim Proletariat nicht erfüllt. Und darum stirbt ein großer Teil der Kinder in den kinderreichen Familien wieder. Während die Fruchtbarkeit der untersten Klasse in einer enalischen Statistik die der obersten um 50 Prozent übersteigt, war die Kinderzahl im Endeffekt nur um 25 Prozent höher, weil in der untersten, kinderreichen Klasse verhältnismäßig viel mehr Kinder sterben als in der obersten kinderarmen Klasse. Unter dem Zwange dieser wirtschaftlichen Voraussetzung stehen die Menschen aber auch unbewußt, denn, und darauf weist Feiler in einer Arbeit in der Zeitschrift für soziale Hygiene hin, daß auf und Ab der Geburtenziffer stimmt vom Beginn bis fast zum Ende des 19. Jahrhunderts in der Hauptsache mit der Preisbewegung überein. Die erste Voraussetzung zu einem wachsenden gesunden Volke ist darum der gesunde wirtschaftliche Boden, und es ist künstlich kein Geburtenreichtum zu fördern, ehe die soziale, wirtschaftliche Voraussetzung dafür vorhanden ist.

Zur Erforschung der Gewerkschaften. Ein Erlaß des Arbeitsministeriums im Freistaat Sachsen an die Oberverwaltungsämter besetzt, die Krankenkassen im Verein mit ihren Kassenzügen planmäßig zur Erkennung und Feststellung von Gewerkschaften heranzuziehen. Es sollen dem Ministerium zur Übermittlung an den Landgewerbeamt regelmäßige alle Beobachtungen über solche Erkrankungen mitaetelt werden, die auf berufliche Schädigungen zurückzuführen sind. Dabei sind die mutmaßlichen Ursachen, die beteiligten Betriebe und die behandelnden Ärzte anzugeben. Zur Erforschung und zum Ausbau der Gewerkschaften ist solch ein Schöpfen aus der Praxis heraus überall einzuführen.

Jugend und Unfall. In welcher Weise die Jugendlichen im modernen Arbeitsleben gesundheitlich gefährdet sind, beweist uns der Jahresbericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft, der folgende statistische Angaben bringt: Von den Unfällen entfallen 14,2 Prozent auf Jugendliche unter 16 Jahren, von den an Maschinen erlittenen Unfällen 16,9 Prozent. Auf Jugendliche bis zu 17 Jahren kommen 22,4 Prozent, von den Unfällen durch Maschinen 23,5 Prozent. Also mehr als ein Viertel der an Maschinen Verletzten waren Jugendliche unter 17 Jahren. Und 24 Prozent von den durch Maschinen Verletzten erlitten so schwere Verletzungen, daß sie dauernden Schäden davonzutragen, bzw. mit Unfallrente entschädigt werden mußten. Diese Zahlen zeigen uns, wie mannaesthaft der Arbeiterschutz noch ausgelastet ist. Sie zeigen aber auch, wie re und abel ein vollkommener Schutz sein würde und wie kurzschichtig das kapitalistische Unternehmertum ist, das immer und immer wieder seine Rentabilitätsberechnungen dem kämpfenden Proletariat vorbeiführt.

Das Zweischichtensystem für Jugendliche und weibliche Arbeiter. Unter den auf der Internationalen Konferenz in Washington im November 1919 beschlossenen Übereinkommen betreffen zwei die Nachtarbeit der Frauen sowie die Nachtarbeit der Jugendlichen. Als „Nacht“ im Sinne dieses Übereinkommens soll die Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens gelten. Die Zeitspanne von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr abends umfaßt 17 Stunden, würde sich also in zwei Schichten zu acht Stunden mit je einer halbstündigen Pause teilen lassen. Vor dem Kriege war das Zweischichtensystem in Deutschland für Frauen und Jugendliche nicht üblich. Erst unter dem Druck der Kriegszeit mußte teilweise dazu geschritten werden. Auch in der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation ist dem Betrieb, Frauen unter Umständen in mehrschichtigem Betrieb arbeiten zu lassen, dadurch Rechnung getragen worden, daß Arbeiterinnen über 16 Jahre, abweisend vom Nachtarbeitverbot der Gewerbeordnung, das die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens umfaßt, bis 10 Uhr abends beschäftigt werden dürfen.

Bei den künftigen Beratungen über den Entwurf zum Arbeitszeitgesetz wird die Frage, ob und wie weit es raskam und durchführbar erscheint, der Industrie die Möglichkeit offen zu lassen, Frauen und Jugendliche im Zweischichtensystem zu beschäftigen, aller Vorrang vornehmlich eine gewisse Rolle spielen. Eine wertvolle Unterlage auch für die deutschen Beratungen ist eine amtliche enalische Denkschrift über die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in dieser Betriebsform bieten. Diese Denkschrift ist ausföhrlich in einem Aufsatz des Reichsarbeitsblattes (Verlag Reimer Hobbing) Nr. 11 behandelt. Sowohl die gesundheitlichen wie die wirtschaftlichen Seiten, ferner der Einfluß auf das Familienleben und das persönliche Leben der Arbeiterinnen sind eingehende Beachtung. In England ist seit dem 1. Januar 1921 ein Gesetz über die Arbeit der Frauen und Jugendlichen in Kraft, das die Arbeit im Zweischichtensystem ermöglicht, aber doch besondere Vorsichtsmassnahmen trifft, um namentlich die jugendlichen Kräfte zwischen 14 und 16 Jahren durch die Arbeit in den frühen Morgenstunden oder späten Abendstunden nicht zu überanstrengen. Das Gesetz beruht auf den in der Denkschrift entwickelten Vorschlägen.

Enalische Deutschland die schweren Kräfte der Arbeiterschaft durchzumachen hat, wird nur in seltenen Fällen die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen im Zweischichtensystem zu rechtfertigen sein. Wenn Deutschland aber wieder, wie wir doch alle hoffen wollen, einer aufsteigenden Wirtschaftsumkehr erleben sollte, so wird auch die Frage des Nachmittags im Rahmen des Zweischichtensystems erhöhte Bedeutung gewinnen. Wirtschliche Probleme des Arbeiterinnen- und Jugendlichenwissens, wie sie in der enalischen Denkschrift herausgearbeitet sind, werden dann auch durch die deutsche Gesetzgebung und Rechtsprechung zu lösen sein.

Das wirtschaftliche Verständnis des Proletariats. Im 20. Jahrhundert sind die Vereinigten Staaten in ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an der Betriebsverwaltung einmiesig worden. Darunter befinden sich die Unternehmungen größten Ausmaßes, wie z. B. Standard Oil Companies. In den meisten Fabriken ist das neue System vor etwa drei Jahren eingeführt worden. Und zwar mit dem Erfolge, daß die Arbeitsleistung in ausserordentlichem Maße vor dem verfallen, wie es heißt. Die Arbeitnehmer werden, so wird weiter berichtet, den Aufgaben, die ihnen durch die Mitbestimmung in einzelnen Fabriken der Betriebs- und Arbeitsverhältnisse erspart, gerecht. Auch die unempfindlichen Arbeiter erlaßen sich nach den Erfahrungen bei der Standard Oil Company Verbesserungen für die schwierigen Probleme des Wirtschaftslebens.

Die Gewerkschaftsbewegung im fernem Osten. In Japan gibt es ungefähr 100 Gewerkschaften mit einer etwa halben Million übersteigenden Mitgliederzahl. Diese Zahl erhöht sich fortwährend. Es werden heftige Lohnkämpfe geführt. In der nächsten Sitzungsperiode wird dem japanischen Parlament ein Gesetzesentwurf bezüglich der Gewerkschaften unterbreitet werden. Dieser ist ähnlich dem enalischen Gesetze von 1870 über die Trade Unions (Gewerkschaften). — In Indien wurde der erste Kongreß der vereinigten indischen Gewerkschaften mit Teilnahme der Vertreter der enalischen Arbeiterpartei im Herbst des Jahres 1920 abgehalten. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse des indischen Arbeiters sind empörend; einem amerikanischen Blatt zufolge — wofür wir die Verantwortung natürlich nicht übernehmen —

beträgt das durchschnittliche Jahreselkommen eines indischen Arbeiters nicht mehr wie zehn Dollar.

Eingegangene Druckschriften

Die Fortführung der Rätegesetzgebung (Bezirksratsgesetzgebung). Von E. Aufhäuser, M. d. N. Referat gehalten auf dem 2. ordentlichen Bundestag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Preis 2.— M.

Von der Ungefährtheit, in der sich bislang die Frage der Bezirksratsgesetzgebung befand, beginnen sich nun allmählich einige große Gesichtspunkte herauszukristallisieren. Zu der loeben erschienenen Schrift von Aufhäuser wird zum ersten Male auch von gewerkschaftlicher Seite zum Aufbau der Bezirksratsgesetzgebung, ihrer Abgrenzung, und ihrem Aufgabebereich Stellung genommen. Der Verfasser beschäftigt sich u. a. in sehr eingehender Weise mit dem künftigen Schicksal der Haus-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, für dessen Verwirklichung einflussreiche Unternehmerkreise mit allem Nachdruck eintreten. Die ebenso instruktiv wie interessant gehaltene Schrift ist auch gleichzeitig Kampfschrift gegen die Stinnesgruppen, die nach Auffassung des Verfassers verucht, durch Schaffung autonomer Wirtschaftsprovinzen die zentral geleitete Wirtschaft des Reiches zu durchbrechen.

Betriebsrätechriften: Heft 9. Die Vorräte und ihre Lager in Fabrikbetrieben. Von Otto Müllner, Ingenieur in Magdeburg. Verlag Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Berlin SO. 16, Engelauer 15.

Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht. Herausgegeben von Dr. H. Derich, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium; Dr. W. Kassel, Professor an der Universität Berlin; Dr. Fr. Sigler, Ministerialrat und Abteilungsleiter im Reichsarbeitsministerium; Dr. Fr. Strupp; Präsident des Reichsamts für Arbeitsvermittlung. Verlag von F. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig.

Die Zeitschrift erscheint monatlich und ist zum Bezugspreis von 72.— M. für den Jahrgang bei allen Buchhandlungen, Postanstalten oder auch direkt bei dem Verlag erhältlich.

Der kollektive Arbeitsvertrag in Deutschland. Von Richard Seidel. Nr. 2 der Afa-Schriftenammlung. Verlag Allgemeiner freier Angestelltenbund (Dr. Pfirrmann), Berlin NW. 52, Werftstr. 7. Preis 3,75 M.

Die Sozialistische Gemeinde Nr. 12 ist loeben erschienen. Inhalt: Städtebau Stuttgart. — Die Ausgestaltung der Reaktoren. — Die Finanzbedürfnisse der Gemeinden. — Die Heranziehung von Handel und Industrie zu den Ueberteurungsstellen des Kleinwohnungsbaus. — Die Braunschweiger Kommunalwahlen. — Einfluß im Wohnungsamt. — Kleine Nachrichten. — Aus den Gemeinden. — Aus den Parlamenten. — Wählerbesprechung.

Die Sozialistische Gemeinde erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1 M., vierteljährlich 6 M. — Bestellungen bei allen Postanstalten und Partebuchhandlungen.

„Jung und Alt in der proletarischen Jugendbewegung.“ Von G. Eichelher Graf. Preis 2,50 M. Verlagsanstalt Freiheit e. G. m. b. H., Berlin (S. 2) Als diese Proschüre in anderem Gewände unter dem Titel „Freie Jugend“ vor anderthalb Jahren zum ersten Mal erschien, war sie eine Gelegenheitschrift, die nachträgliche Ausarbeitung eines vor proletarischen Jugendlichen und Jugendleitern gehaltenen Vortrags. Es waren brennende Fragen, wichtige Augenblicksfragen, die darin angeschnitten wurden; aber zu ihrer eingehenden, tiefgreifenden Erfassung und Durchdringung mangelte es an Zeit und Raum.

Das gilt auch noch für die zweite Auflage. Nur daß die eigentliche Veranlassung, die Spaltungsbekämpfung innerhalb der proletarischen Jugendorganisation, mittlerweile Wirklichkeit geworden sind. Statt, wie damals, zwei oder drei, gibt es heute ein halbes Dutzend proletarischer Jugendbewegungen, die sich gegenfeitig aufs bitterste beschößen. Dasselbe kläglich und besessene Wesen, wie in der Arbeiterbewegung überhaupt. Und derselbe Stillstand, dieselbe Ohnmacht, wo Offenheit und Gemeinschaft und Zusammenarbeit tausend Hindernisse überirant hätten. Es unter den augenblicklichen Verhältnissen, wobei kein leicht für unsere aelteste Erwachensgeneration, auch an eine Vereinigung der auseinanderstrebenden Kräfte nicht zu denken, so besteht doch wenigstens noch die Möglichteit, daß die Heranwachsenden, daß die proletarische Jugend unter dem Zwange der Zeit und mit besserer Einsicht und starkem Willen die Fäden einmal wieder zusammenempfißt, die die Krieges- und Kriebskriegszeit zerriß. Auf dieses Ziel müssen wir schon jetzt den Blick lenken. Bei den Jungen und, soweit es angeht, auch bei den Alten.

Die Schrift ist nicht nur den Jugendlichen, sondern allen empfohlen, die ein Interesse an der proletarischen Bewegung, insbesondere der proletarischen Jugendbewegung haben.

Unsere nächsten Aufgaben, ein Bündnis zwischen der Bodenreform, der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung? Von Adolf Damatsche. Berlin NW. 23. Verlag Bodenreform e. m. b. H.

Gefährliches Geschäft der Geratekauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine für 1920. Hamburg 1921.

Unsere lieben Kollegen Eichelher und Antmann necht Gemüht nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Poststelle Bamberg.